

UNGARN

Das Wirtschaftswachstum setzte 2010 wieder ein und wurde hauptsächlich von einer robusten Auslandsnachfrage getragen, während Konsum und Investitionen des privaten Sektors weiter zurückgingen. Das Wachstum wird den Projektionen zufolge an Dynamik gewinnen, da sich die Inlandsnachfrage allmählich erholt. Die Gesamtinflation wird sich voraussichtlich etwa auf dem Niveau der mittelfristigen Zielvorgabe von 3% stabilisieren.

Nach einer Verfehlung der Vorgabe für das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2009 und einer weiteren Verschlechterung der Haushaltsposition im ersten Halbjahr 2010 wurden vorübergehende Maßnahmen zur Erreichung der Defizitziele eingeführt. Weitere Steuersenkungen werden ab 2011 erfolgen, die als Ausgleich dafür vorzunehmenden Ausgabenkürzungen müssen aber noch festgelegt werden. Um die Finanzierungskosten zu senken und dem privaten Sektor Vertrauen zu vermitteln, was zur Verbesserung der Wachstumsaussichten beitragen wird, bedarf es erneuter Bemühungen um eine glaubwürdige und nachhaltige Haushaltskonsolidierung.

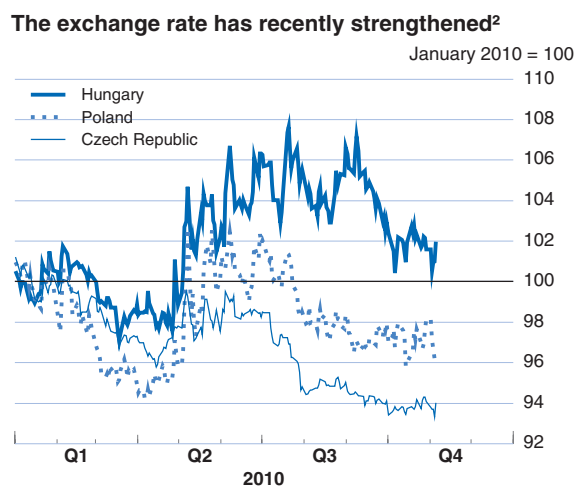
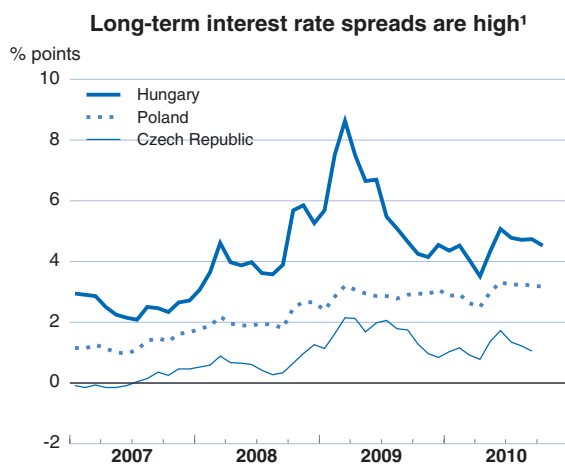
Die Rezession hat gerade erst geendet

Das Wachstum belebte sich Anfang 2010 und setzte sich anschließend in einem Tempo fort, das ausreichte, um den Arbeitsmarkt zu stabilisieren. Dank der günstigen Voraussetzungen bei der Auslandsnachfrage wird das Wachstum wohl weiter anhalten, wie die Erhebungsdaten über das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe vermuten lassen. Das Einzelhandelsvolumen hat ebenfalls zugenommen, die Konjunktur im Baugewerbe bleibt jedoch schwach.

Der Arbeitsmarkt erholt sich langsam

Die Beschäftigungsquote hat sich etwas verbessert, und trotz eines leichten Wiederanstiegs der Erwerbsquote ist die Arbeitslosenquote gegenüber ihrem Höchststand im ersten Quartal 2010 etwas gesunken. Ein weiterer Beitrag zur Arbeitsplatzschaffung im privaten Sektor wird von einem erheblichen Rückgang der Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit im Zeitraum 2009-2011 erwartet, wobei sich auch positiv auswirkt, dass trotz der Mehrwertsteueranhebung im vergangenen Jahr kein Lohn- und Druck aufgekommen ist. Dagegen wird mit dem fortschreitenden Konsolidierungsprozess eine weitere Kontraktion der Beschäftigung im öffentlichen Sektor erwartet.

Hungary



1. Ten year government bond spreads relative to the German rate.

2. Daily exchange rates against the euro. An increase in the index indicates a depreciation of the currency.

Source: OECD Main Economic Indicators database and Datastream

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932345812>

Hungary: Demand, output and prices

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Current prices HUF billion	Percentage changes, volume (2000 prices)				
Private consumption	13 695.3	0.4	-7.9	-3.9	2.0	3.0
Government consumption	5 390.1	1.0	-0.1	0.3	-4.3	0.0
Gross fixed capital formation	5 408.3	3.2	-9.2	-4.3	3.2	4.3
Final domestic demand	24 493.7	1.1	-6.4	-3.0	0.7	2.6
Stockbuilding ¹	538.7	-0.3	-4.4	1.9	0.4	0.0
Total domestic demand	25 032.4	0.7	-11.5	-0.6	0.9	2.6
Exports of goods and services	20 459.6	5.7	-9.6	13.3	8.1	8.4
Imports of goods and services	20 170.5	5.8	-14.6	11.5	6.6	8.1
Net exports ¹	289.1	0.0	4.0	2.0	1.6	0.7
GDP at market prices	25 321.5	0.8	-6.7	1.1	2.5	3.1
GDP deflator	–	4.8	4.4	1.6	1.9	3.1
<i>Memorandum items</i>						
Consumer price index	–	6.0	4.2	4.9	2.9	3.1
Private consumption deflator	–	5.4	4.1	4.5	2.7	2.9
Unemployment rate	–	7.9	10.1	11.3	11.7	11.0
General government financial balance ²	–	-3.7	-4.4	-4.2	-3.1	-2.9
Current account balance ²	–	-7.0	0.3	-0.3	-1.1	-1.3

Note: National accounts are based on official chain-linked data. This introduces a discrepancy in the identity between real demand components and GDP. For further details see *OECD Economic Outlook Sources and Methods* (<http://www.oecd.org/eco/sources-and-methods>).

1. Contributions to changes in real GDP (percentage of real GDP in previous year), actual amount in the first column.

2. As a percentage of GDP.

Source: OECD Economic Outlook 88 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932347560>

Es bedarf einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung

Bei den Bemühungen um eine Rückführung des Defizits während der Rezession wurden zwar erhebliche Fortschritte erzielt, doch hat sich der Ausblick für die Staatsfinanzen in jüngster Zeit verschlechtert, da es im ersten Halbjahr 2010 zu einer erheblichen Verfehlung der Haushaltsvorgaben kam. Dies war ausgabenseitig vor allem durch einen Anstieg der Investitionen und einnahmenseitig durch das geringere Aufkommen bei Einkommensteuern und Sozialversicherungsabgaben bedingt. Zudem traten im Juli 2010 weitere Steuersenkungen in Kraft. Zur Erreichung der Defizitzielvorgaben von 3,8% des BIP für 2010 und 2,9% des BIP für 2011 wurden ein massiver befristeter Steuerzuschlag auf Finanzinstitute und zusätzliche Sonderabgaben im Telekommunikationssektor, in der Energiewirtschaft und im Einzelhandel eingeführt. Darüber hinaus beschlossen die Behörden, die Beitragszahlung zur Rentenversicherung ab November 2010 14 Monate lang von der zweiten Säule (Kapitaldeckungssystem) in die erste Säule (Umlagesystem) umzuleiten. Dies wird zwar voraussichtlich Mehreinnahmen in Höhe von 1,5% des BIP bringen, es handelt sich jedoch nur um eine Einmalmaßnahme, die zudem das Vertrauen in das Rentensystem untergraben und die Ersparnisbildung der privaten Haushalte noch mehr in die Höhe treiben könnte. Die geplante Einführung eines einheitlichen Einkommensteuersatzes ab 2011 wird das strukturelle Haushaltsdefizit vergrößern, und es werden noch keine kompensierenden Maßnahmen auf der Ausgabenseite festgelegt. Es bedarf dringend erneuter Anstrengungen, um die öffentlichen Finanzen dank einer glaubwürdigen Haushaltskonsolidierung auf eine tragfähige Grundlage zu stellen und den Regeln des neuen inländischen Haushaltsrahmens zu entsprechen, was den Annahmen dieser Projektionen zufolge

2012 der Fall sein wird. Ein starkes politisches Mandat und die Tatsache, dass in den nächsten dreieinhalb Jahren keine Wahlen anstehen, dürften günstige Voraussetzungen für die Erreichung dieses Ziels schaffen.

Die Geldpolitik war konjunkturstützend

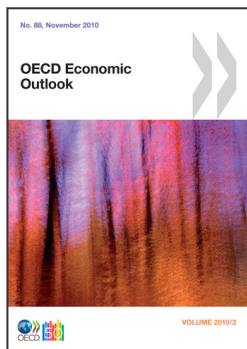
Trotz der durch die Wechselkursabwertung bedingten Nervosität der Märkte und einer erneuten Ausweitung der Anleihespreads hat die Zentralbank die Zinssätze seit April der Situation angemessen konstant auf 5,25% gehalten. Die Gesamtinflation dürfte in dem Maße, wie die Kapazitätsüberhänge den Lohndruck und die Preissetzungsmacht der Unternehmen einschränken, gegen das Inflationsziel der Zentralbank von 3% konvergieren.

Das Wachstum dürfte sich beschleunigen

Das Wachstum wird sich voraussichtlich in den nächsten zwei Jahren allmählich beschleunigen. Der private Verbrauch dürfte auf kurze Sicht durch die weiter anhaltende Arbeitsmarktschwäche und die für die privaten Haushalte bestehende Notwendigkeit, ihre Vermögensposition zu verbessern, gebremst werden, was durch die Steuersenkungen teilweise kompensiert wird. Die privaten Investitionen dürften sich vor dem Hintergrund der Stärke der Auslandsnachfrage und der allmählichen Verbesserung der Kreditbedingungen mit der Zeit beleben. Angesichts der nach wie vor günstigen Aussichten für den Handelsgütersektor wird sich das Exportwachstum wohl gegenüber den zweistelligen Raten der jüngsten Zeit abschwächen, im Projektionszeitraum aber knapp über 8% angesiedelt bleiben. Da die Inlandsnachfrage im Zeitraum 2011-2012 wieder steigt, dürfte die Wirtschaft 2012 mit einer Rate von etwa 3% expandieren.

Die Abwärtsrisiken liegen im Haushaltsbereich

Abwärtsrisiken könnten entstehen, wenn keine glaubwürdige Haushaltskonsolidierung erfolgt, und sie würden noch verstärkt, wenn mit den multilateralen Organisationen keine Einigung über eine Vorsorgevereinbarung zustande kommt. Ein Vertrauensverlust der ausländischen Anleger könnte eine Abwertung des Wechselkurses und einen Anstieg der Kreditkosten zur Folge haben. Was die Aufwärtsrisiken betrifft, so könnten von einer kräftigeren Konjunkturerholung in Deutschland und bei anderen Handelspartnerländern Impulse auf die Unternehmensinvestitionen ausgehen.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2010 Issue 2

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2010-2-en

Please cite this chapter as:

OECD (2011), "Ungarn", in *OECD Economic Outlook, Volume 2010 Issue 2*, OECD Publishing, Paris.

DOI: https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2010-2-20-de

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.